

Pressemitteilung  
Kiel, 17.02.1998

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

## **SSW im Landtag**

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **Flensburger Schiffbau- Gesellschaft: Landesregierung muß Wettbewerbshilfe für die Werften sichern**

Während eines Besuchs bei der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft (FSG) informierten sich die Vorsitzende des SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Anke Spoorendonk, und die 1. Bevollmächtigte der IG Metall Flensburg, Kirsten Rölke, gemeinsam über die aktuelle Situation der Werft. An einem Gespräch nahmen der Betriebsrat und die Vertrauenskörperleitung der FSG teil.

Spoorendonk und Rölke waren sich nach einer Begehung der Werft darüber einig, daß die Werft ein hochtechnologischer und zukunftsweisender Arbeitsplatz sei: "Wer nur eine schmerzhafte Vorstellung von dem heutigen Schiffbau besitzt, sollte unbedingt die Werft in Flensburg besichtigen. Die Werft hat 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie 20 knapp Umschüler und dazu eine hohe Ausbildungsquote von fast 10%. Durch massive Investitionen in neue Produktionstechniken ist die Werft in den letzten Jahren modernisiert worden. Sie bietet heute gute Perspektiven für qualifizierte Arbeitskräfte. Wie wichtig die Werft für die Region ist, zeigt sich auch darin, daß jedes Jahr innerhalb eines Umkreises von 70 Km Aufträge in Wert von 10 Millionen DM an lokale Unternehmen vergeben werden."



Im Gespräch wurde deutlich, daß die schleswig-holsteinischen Werften - und vor allem die FSG - ohne Subventionen wettbewerbsfähig sind. Aber solange nicht nur in Europa, sondern weltweit die Werftindustrie subventioniert wird, muß die Landesregierung die Werftenhilfe zumindest auf das gleiche Niveau wie die norddeutschen Nachbarländer erhöhen.

Gemeinsam mit dem Betriebsrat und der Vertrauenskörperleitung forderten Spoorendonk und Rölke, daß von der Landesregierung für den Zeitraum 1999-2001 mindestens jeweils 6 Millionen DM an Verpflichtungsermächtigungen bereitgestellt werden. "Ansonsten würde die Flensburger Schiffbau-Gesellschaft gegenüber anderen Werften in Europa, die im Durchschnitt mit sehr hohen Quoten des Gesamtverkaufspreises bezuschußt werden, nicht mehr konkurrenzfähig sein, " so Anke Spoorendonk und Kirsten Rölke.

